

Manuskriptentwurf

zu:

Drs. 4/13093, Antrag CDU/SPD

„Verbundnetz Gas AG unterstützen – Arbeitsplätze am Standort Leipzig sichern“

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

der hier vorliegende Antrag zeigt bereits deutlich, daß sich die Koalition genau bewußt ist, daß der Freistaat Sachsen im Grunde genommen gar keine Handlungsmöglichkeiten hat. So ist der Antrag dann auch geschrieben.

Der Freistaat soll sich mit Thüringen und Sachsen-Anhalt dafür einsetzen, daß der noch vorhandene Einfluß der kommunalen Gesellschafter an der VNG erhalten bleibt.

Die Frage, die sich hier stellt ist aber das WIE. Der Freistaat hat keine einzige Möglichkeit, Einfluß auf den Kauf oder Verkauf von Unternehmensanteilen zu nehmen. Die einzige Möglichkeit besteht lediglich darin, Gespräche zu führen.

Weiter fordert die Koalition, daß sich die Staatsregierung bei der Bundesregierung für eine umfassende Erfüllung der Ministererlaubnis von 2002 einsetzen soll.

Diese Forderung ist sicher berechtigt und klingt erst einmal gut, sie ist aber ebenso wertlos, wenn sich die an der VNG beteiligten Unternehmen einfach nicht daran halten. Dann steht die Bundesregierung wie ein zahnlöser Tiger da.

Was soll sie denn tun?

Die einzig richtige Entscheidung wäre dann, die Ministererlaubnis aufgrund dessen, daß sie nicht erfüllt wurde, zu widerrufen. Dann müßte der Zusammenschluß von E-ON und Ruhrgas rückgängig gemacht werden, die EWE müßte ihre Anteile an der VNG zurückgeben, und der Erwerb der kommunalen Anteile müßte ebenfalls widerrufen werden.

Daß, meine Damen und Herren, glauben sie doch selbst nicht, daß die Bundesregierung soviel Mut an den Tag legt und derart in den heißgeliebten „freien“ und liberalisierten Markt eingreift.

Die einzig richtige Lösung wäre es aber.

Fakt ist, daß das Konzept des sogenannten liberalisierten Marktes gerade im Energiesektor grandios gescheitert ist. Den Energiemarkt haben wenige Großkonzerne aufgeteilt, und es ist ein immer wieder vorgebrachter Irrglaube, daß sich diese Konzerne gegenseitig Konkurrenz machen werden und den Markt beleben.

Der nun eskalierende Streit hat eine lange Vorgeschichte.

Im Jahr 2002 wurde der Zusammenschluß von E-ON und Ruhrgas trotz Warnung des Kartellamtes auf dem Wege einer Ministererlaubnis des SPD-Staatssekretärs Tacke genehmigt.

Damit stieg E-ON zu einem noch größeren Energie-Giganten auf und ein weiterer Konkurrent auf dem Gasmarkt wurde durch die politisch geduldete Fusion beseitigt. Die Folge war noch weniger Wettbewerb, höhere Gaspreise für die Verbraucher und höhere Renditen für die Aktionäre.

Zum Schein wurden damals Auflagen gesetzt, mit denen die Verbundnetz Gas AG zu einem neuen Konkurrenten auf dem sogenannten liberalisierten Gasmarkt etabliert werden sollte. Das Ergebnis sehen wir jetzt im Streit der Anteilseigner der VNG.

Die Unternehmen scheren sich einen Dreck um die Auflagen aus der Minister-Erlaubnis, und es ist ein Irrglaube, daß die derzeitige Politik in der Lage ist, in den Markt eingreifen und lenken zu können.

Hinter den offensichtlichen Absichten des Oldenburger Versorgers EWE, die Aktionärsmehrheit innerhalb der VNG zu erzwingen, steht letztlich ein ganz klares Kalkül.

Der vom Staat angedachte Konkurrent auf dem Gasmarkt soll ausgeschaltet werden. Dahinter steht niemand anderes als einer der vier großen Energiekonzerne, nämlich EnBW in Gestalt eines neuen Anteilseigners der EWE.

Die Politik der Bundesregierung im Bereich des Gasmarktes hat also wieder versagt. Man hat mit dem damaligen Ministererlaß nur einen neuen Zombie geschaffen.

Was E-ON - Ruhrgas nicht bekommen hat, danach greift jetzt EnBW. Die Folge wird noch weniger Wettbewerb auf dem liberalen Gasmarkt mit noch höheren Preisen für die Verbraucher sein.

Solange, bis die Menschen an ihrem Gashahn vollkommen erpreßbar sind.

Deshalb steht für uns als NPD-Fraktion fest, daß die Energieversorgung unter staatliche Kontrolle gehört und der unkontrollierte Kapitalfluß vom Gesetzgeber in die Schranken gewiesen werden muß.

Dafür setzen wir uns ein.

Das System ist faul, und deshalb ist der Antrag der Koalition nur eine kosmetische Korrektur der Zustände. Wir werden dem Antrag aber zustimmen und fordern als ersten Schritt, daß die Ministererlaubnis von 2002, - sollte sie nicht erfüllt werden - , sofort widerrufen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(08.09.08; RB)